

AußenwirtschaftsNews – USA

06/2026

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf ausgewählten Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für die USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur

- Die US-Wirtschaft ist im ersten Quartal 2026 gewachsen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das sind 0,4 Prozentpunkte weniger als bei der ersten offiziellen Schätzung. Das Wachstum ist vor allem auf höhere Staatsausgaben, Investitionen und gestiegene Exporte zurückzuführen.
- Im März entstanden in den Vereinigten Staaten 115.000 neue Arbeitsplätze. Grund sind Zuwächse im Gesundheitsbereich sowie im Logistiksektor. Stellen im öffentlichen Sektor sind weiter rückläufig. Die Arbeitslosenquote betrug 4,3 Prozent bei 7,4 Millionen Arbeitslosen. Damit bleibt die Arbeitslosenquote weiterhin stabil.
- Der Erzeugerpreisindex stieg im April saisonbereinigt um 1,4 Prozent gegenüber März. Das ist der stärkste Anstieg seit 2022. Etwa 60 Prozent dieses Anstiegs können auf höhere Preise für Dienstleistungen zurückgeführt werden.
- Die Inflationsrate stieg im April auf 3,8 Prozent; im März hatte sie bei 3,3 Prozent gelegen. Der Anstieg ist erneut vor allem auf steigende Energiepreise zurückzuführen.
- Die Verbraucherstimmung hat sich im Mai im dritten Monat in Folge verschlechtert und liegt nun knapp unter dem historischen Tiefpunkt vom Juni 2022. Größte Sorge der Befragten sind die hohen Lebenshaltungskosten. 57 Prozent der Befragten gaben an, dass sie aufgrund der gestiegenen Kosten auf ihre Ersparnisse zurückgreifen müssen. Besonders stark litt die Verbraucherstimmung bei Haushalten mit niedrigen Einkommen. Die Inflationserwartung für 2026 ist im Mai gestiegen und beträgt nun 4,8 Prozent.
- Die US-Notenbank hat den Leitzins im April nicht angepasst und will die aktuelle wirtschaftliche Lage weiter beobachten. Die nächste Zinsanpassung ist im Juni möglich. Einer [Untersuchung der Universität Michigan](#) zufolge hat das Vertrauen in die US-Notenbank in den letzten Monaten abgenommen. Es liegt nun auf dem Niveau von 2022, als die Inflation besonders hoch und Vertrauen in die US-Notenbank niedrig war.
- Die US-Statistikbehörde BLS [erwartet](#), dass die Anzahl der Stellen im verarbeitenden Gewerbe im Zeitraum von 2024 bis 2034 konstant bleibt, jedoch wird es voraussichtlich zu einer Verschiebung der Stellen zwischen Industriezweigen geben. In der Elektroindustrie wird bis 2034 ein Stellenzuwachs von 29 Prozent erwartet. Das entspricht etwa 48.400 Stellen. In der separat betrachteten Halbleiterfertigung wird mit einem

Stellenzuwachs von 11 Prozent (circa 44.500 Stellen) gerechnet. Die Behörde begründet diese Erwartung mit der steigenden Nachfrage nach Elektrofahrzeugen sowie dem Ausbau der Energieinfrastruktur. Geringere Stellenzuwächse soll es in der Lebensmittelindustrie geben.

2 Handels- und Zollpolitik

- Anpassung der Zölle auf Stahl- und Aluminium: Stahl und Aluminium sowie Produkte daraus unterliegen beim Import in die USA einem Zollsatz zwischen 50 Prozent und null Prozent auf den Warenwert. Zum 08. Juni 2026 passen die Vereinigten Staaten an, wo Güter in dieser Struktur eingeordnet werden. Stahlregale und Aluminium-Lithografieplatten werden ab dem Stichtag erstmals mit einem Zoll von 25 Prozent belastet. Für andere Produkte werden die Zölle reduziert. Für bestimmte Maschinen für die Landwirtschaft, die Bauindustrie und das verarbeitende Gewerbe sinkt der Zollsatz auf 15 Prozent. Außerdem sinken die Zölle für Produkte, die zu mindestens 85 Prozent aus US-amerikanischem Stahl oder Aluminium bestehen, auf 10 Prozent. Diese Zollsenkungen gelten bis zum 31. Dezember 2027 und macht eine vorsichtige Prüfung der Güterklassifizierung notwendig. Die [Proclamation und die zugehörigen Anhänge](#) geben Aufschluss, welchem Zollsatz einzelne Güter unterliegen. Güter, die den Stahl- und Aluminiumzöllen unterliegen, werden nicht zusätzlich mit dem globalen Zusatzzoll von 10 Prozent belastet.
- Zollsenkungen für US-Importe: US-Präsident Trump hat der Europäischen Union mit neuen Zöllen gedroht, falls die Europäische Union Zölle auf US-Importe nicht bis zum 04. Juli 2026 auf das 2025 vereinbarte Niveau senkt. Die Europäische Union könnte dieses Ultimatum erfüllen. Im Mai haben sich die Europäische Kommission, der Rat und das Europäische Parlament auf einen Verordnungstext geeinigt, der die zugesagten Zollsenkungen zur Folge hätte, die strategische Position Europas gegenüber den USA stärkt und Maßnahmen zum Schutz der europäischen Wirtschaft vorsieht. Die Verordnung tritt erst in Kraft, wenn Parlament und Rat zugestimmt haben und die Texte im Amtsblatt der europäischen Union erschienen sind. Die Zollsenkungen gelten einen Tag nachdem die Verordnungen im Amtsblatt erschienen sind. Das könnte Mitte Juni passieren.
- Untersuchungen wegen unfairer Handelspraktiken: Die USA ermitteln seit Anfang März wegen unfairer Handelspraktiken gegen die Europäische Union und zahlreiche andere Handelspartner. Im Juni hat der US-Handelsbeauftragte [erste Empfehlungen](#) im Zusammenhang mit einer Untersuchung veröffentlicht. Der Bericht empfiehlt Zölle auf die Importe, die gegenwärtig vom Section-122-Zoll (= 10 Prozent Zusatzzoll) betroffen sind. Das heißt, die Zölle würden einen Großteil der Einfuhren in die USA betreffen. Güter, die mit Zöllen nach Section-232 (= „sektorale Zölle“ auf Stahl, Aluminium, Autos, Pharmazeutika) belastet werden, wären nicht betroffen. Für verschiedene Handelspartner sollen verschiedene Zölle gelten: 10 Prozent für Importe aus der Europäischen Union, dem UK, Kanada, Mexiko, Taiwan und anderen südamerikanischen und asiatischen

Staaten; 12,5 Prozent für Importe aus China, Hong Kong, der Schweiz und der Türkei sowie 42 weiteren Staaten. Diese Zölle könnten Ende Juli die befristeten Section-122-Zölle ablösen. Die Zollbelastung für europäische Exporte würde sich in diesem Fall nicht ändern. Weil andere Staaten stärker belastet würden, hätten europäische Exporte sogar einen Wettbewerbsvorteil auf dem US-Markt. Ob die empfohlenen Zölle eingeführt werden, steht noch nicht fest. Darüber entscheidet der US-Präsident.

- Urteil des Court of International Trade gegen die Section 122 Zölle: Das Court of International Trade (CIT) hat Anfang Mai [entschieden](#), dass US-Präsident Trump seine Kompetenzen überschritten hat, als er im Februar einen Importzuschlag von 10 Prozent auf nahezu alle Importe eingeführt hat (vgl. [Proclamation 11012](#)). Der Zoll wird trotzdem weiter erhoben, lediglich die vor dem CIT erfolgreichen Kläger sind vorerst von den Zöllen ausgenommen. Die US-Regierung hat gegen das Urteil Einspruch eingelegt, doch die Entscheidung des Berufungsgerichts steht aus. Falls weitere Instanzen der Rechtsauffassung des CIT folgen, könnten die Zölle nach Section 122 – wie aktuell die reziproken Zölle (IEEPA) – zurückerstattet werden.
- Internationale Kooperation im Schiffsbau: Die Vereinigten Staaten und Südkorea wollen beim Bau von Schiffen stärker zusammenarbeiten. Dafür wird ein gemeinsames Zentrum in Washington, D.C. gegründet. Es soll den Austausch zwischen Regierungen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen fördern. Geplant sind unter anderem mehr Investitionen in die US-Schiffbauindustrie, Trainingsprogramme für Arbeitskräfte, Projekte zur Steigerung der Produktivität von Werften sowie technischer Austausch. Ende 2025 hatten die USA bereits eine ähnliche Vereinbarung mit Japan geschlossen.
- Internationale Kooperation zwischen Schweden und den Vereinigten Staaten: Schweden und die Vereinigten Staaten haben eine [Absichtserklärung](#) zur Zusammenarbeit in etlichen Bereichen unterzeichnet. Die Staaten wollen unter anderem bei Künstlicher Intelligenz, biomedizinischer Forschung, industrieller Wettbewerbsfähigkeit, Energiesicherheit, Sicherheit und Verteidigung, sowie beim Schaffen eines „sicheren Umfelds“ für Forschung und Entwicklung kooperieren. 2025 hatten die USA vergleichbare Vereinbarungen mit Südkorea, Japan und dem Vereinigten Königreich geschlossen.
- Evaluation des USMCA: Die USA, Mexiko und Kanada evaluieren das Freihandelsabkommen USMCA. Die Evaluation ist im Abkommen vorgesehen und könnte seine Überarbeitung zur Folge haben. Am 01. Juli 2026 treffen sich die Handelsbeauftragten und entscheiden, ob das Abkommen unverändert bis 2042 fortgeschrieben oder überarbeitet wird. Falls die Handelspartner Änderungen erwirken wollen, beginnen Verhandlungen zwischen den Staaten. Kommt es dabei zu keiner Einigung, gilt das Abkommen noch bis 2036.

3 Allgemeine Politik

- Der Oberste Gerichtshof der USA hat [entschieden](#), dass vollständig KI-generierte Inhalte nicht durch das Urheberrecht geschützt sind. Dem Urteil zufolge erfordert der Urheberrechtsschutz einen menschlichen Urheber. Urheberrechtsschutz kann daher nicht

gewährt werden, wenn Inhalte ausschließlich von einer künstlichen Intelligenz generiert wurden. Die KI sei vielmehr als Werkzeug eines Autors oder Urhebers zu sehen. Ausgangspunkt war ein Verfahren um ein computergeneriertes Bild, das vollständig mithilfe künstlicher Intelligenz erstellt worden war. Der Antragsteller wollte dafür einen offiziellen Copyright-Schutz erhalten und argumentierte, die Maschine könne als Urheber gelten. Der Oberste Gerichtshof sowie die vorangegangenen Instanzen widersprachen dieser Sichtweise.

- Zwei US-Senatoren haben eine [Gesetzesinitiative](#) in den Kongress eingebracht, die den Import vernetzter Fahrzeuge mit Verbindungen nach China stark einschränken könnte. Liegt der Warenursprung eines Fahrzeugs in China oder sind mehr als 15 Prozent des Herstellers in chinesischer Hand, soll der Verkauf des Fahrzeugs in den USA ab 2027 bzw. 2030 nicht mehr erlaubt sein. Begründet wird die Initiative mit dem Schutz der US-amerikanischen Industrie und der Abwehr von Spionage durch vernetzte Fahrzeuge. Noch steht das Gesetzgebungsverfahren ganz am Anfang. Ob die Initiative Erfolg hat, bleibt abzuwarten. Die Gesetzesinitiative baut auf einer weniger umfassenden [Verordnung des US-Handelsministeriums](#) auf.
- PFAS-Regulierung: Die EPA hat zwei Verordnungen zur Regulierung von Per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS) vorgeschlagen. Die EPA will [den Zeitpunkt verschieben](#), ab dem Grenzwerte für PFAS gelten und die [Regulierung bestimmter Stoffe zurücknehmen](#). Die EPA hat nicht ausgeschlossen, dass sie diese Stoffe erneut reguliert oder neue Grenzwerte setzt. Die PFAS-Regulierung auf Bundesebene wird durch unterschiedliche Rechtssetzung in den einzelnen Bundesstaaten ergänzt.

Ansprechpartner

Marion Zilker

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
marion.zilker@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 917-216-9569
christoph.kolle@vbw.com
www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.